

Mündliche Anfragen

zur 30. Fragestunde

in der 105. Plenarsitzung vom 10. Oktober 2024

1. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 17.7.2024

Planungsstand der B 311 Umgehungsstraße auf der Gemarkung Geisingen–Immendingen

- a) Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Bundesstraßen-Baumaßnahme B 311 Geisingen–Immendingen (Projekt „Immendingen West“)?
- b) Bis wann rechnet die Landesregierung mit dem Abschluss der Vorplanung, sodass mit der baulichen Umsetzung der Maßnahme „Immendingen Ost“ begonnen werden kann?

2. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 2.8.2024

Informationsschreiben hinsichtlich des Gesetzentwurfs „Wichtige Weichenstellungen im Bildungssystem“

- a) Konnte die Landesregierung bereits Stellungnahmen aus den Schulen im Landkreis Schwarzwald-Baar und im Landkreis Tuttlingen verzeichnen bezüglich des kurz vor Ferienbeginn versendeten Informationsschreibens mit dem Betreff „Ministerrat beschließt Gesetzentwurf zu wichtigen Weichenstellungen im Bildungssystem“?
- b) Wie werden die Stellungnahmen im weiteren Prozess bis zur Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Landtag berücksichtigt?

3. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 9.8.2024

Verlängerung der S 5 bis Mühlacker

- a) Wie steht die Landesregierung zu dem gemeinsam von den Oberbürgermeistern der Städte Vaihingen (Enz) und Mühlacker sowie dem Bürgermeister der Gemeinde Illingen vorgebrachten Vorschlag einer Verlängerung der Linie S 5 bis Mühlacker?
- b) Mit welchen Auswirkungen auf weitere Bahnlinien wäre im Falle einer Verlängerung der S 5 bis Mühlacker mit Blick auf die Fahrpläne, die Auslastung der Strecke und die Fahrplanstabilität zu rechnen?

4. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 13.9.2024

Urteil des Bundesfinanzhofs zur Erbschaftsteuer

- a) Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung für Baden-Württemberg insbesondere auch für die Einnahmen des Landes sowie für die Wirtschaft, hier insbesondere die Gastronomie, durch das Urteil des Bundesfinanzhofs zur Erbschaftsteuer vom 28. Februar 2024, II R27/21 (Parkhaus als erbschaftsteuerrechtlich nicht begünstigtes Verwaltungsvermögen), welches u. a. Hotels, Pensionen, Campingplätze und Gaststätten als Verwaltungsvermögen ansieht und ihnen damit eine erbschaftsteuerliche Begünstigung abspricht?
- b) Inwiefern sieht sie durch das Urteil welchen Handlungsbedarf, beispielsweise durch eine Gesetzesinitiative auf Landesebene, einen Antrag im Bundesrat, Einwirken gegenüber der Bundesregierung oder das Aussprechen eines Nichtanwendungserlasses?

5. Anfrage der Abg.
Gabriele Rolland SPD

Eingang: 19.9.2024

Neuunterbringungskonzeption an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) am Standort Mosbach

- a) Wie ist der aktuelle Stand der Machbarkeitsstudie des Amtes Heilbronn des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg zur Weiterentwicklung der Unterbringungskonzeption an der DHBW am Standort Mosbach unter Berücksichtigung des Energie- und Klimaschutzkonzepts für Landesliegenschaften?
- b) Zu welchen Ergebnissen kommt die Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung der Unterbringungskonzeption an der DHBW am Standort Mosbach bezüglich innovativer Raum- und Synergiekonzepte und einer flächensparenden Unterbringungsvariante?

6. Anfrage des Abg.
Hans-Peter Hörner AfD

Eingang: 2.10.2024

Tierschutzmaßnahmen/Hundesachkunde

- a) Wann und mit welchen – auch bisher schon unternommenen – Schritten ist konkret (auch angesichts der jüngsten Vorfälle wie dem Hundeangriff auf einen Zehnjährigen in Bühl sowie einer starken Zunahme der Zahl ausgesetzter Hunde) mit der Umsetzung des „Hundeführerscheins“ (Sachkundennachweis) zu rechnen?
- b) Welche konkreten Maßnahmen sind für die Einführung eines Sachkundennachweises für die Haltung von gefährlichen Tieren sowie die Verbesserung der Katzenschutzverordnungen geplant bzw. bereits umgesetzt?

7. Anfrage des Abg.
Florian Wahl SPD

Eingang: 4.10.2024

Stand bei der Prüfung der Änderung der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer Baden-Württemberg

- a) Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand der Landesregierung bei der Prüfung der Änderung der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer hinsichtlich der Streichung der Zusatzweiterbildung Homöopathie?
- b) Inwiefern respektiert die Landesregierung dabei inhaltlich die Selbstverwaltungshoheit der Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg?

8. Anfrage des Abg.
Florian Wahl SPD

Eingang: 4.10.2024

Urkundenübersetzung im Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen in den Gesundheitsberufen

- a) Aus welchen Gründen akzeptiert die Landesregierung im Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Berufsabschlüsse in den Gesundheitsberufen keine Originalurkunden in englischer Sprache, was in anderen Bundesländern der Fall ist?
- b) Welche Kosten entstehen dabei den in Baden-Württemberg dringend benötigten Fachkräften bzw. Stellen, wie den Jobcentern, für z. B. 100 Seiten Urkundenübersetzung durch vereidigte Dolmetscherinnen und Dolmetscher?

9. Anfrage des Abg.
Daniel Karrais FDP/DVP

Eingang: 7.10.2024

Wasserstoffanbindung Südbaden/Schwarzwald-Baar-Heuberg

- a) Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um sicherzustellen, dass in der integrierten Netzentwicklungsplanung ab 2025 die bisher mit Wasserstoff unterversorgten Gebiete, z. B. Schwarzwald-Baar-Heuberg, angebunden bzw. berücksichtigt werden?
- b) Welche formalen Gründe haben dazu geführt, dass die Ergebnisse der landesweiten Bedarfserhebung 2023 im Wasserstoffkernnetz nicht mehr berücksichtigt werden konnten?